

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

18.5.1931 (No. 114)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsrueher-  
Strasse Nr. 14  
Gemeindeprediger  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 5515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. Krenn,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 9,25 RM., einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Aushangsbild gilt und verwendet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Entliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrueher-Strasse 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontostromverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Nachdruck, Verletzung der eigenen Rechte, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Der Kampf um die Zollunion

**Hendersons Vorschlag im Völkerbundsrat**  
Br. Genf, 18. Mai. (Priv.-Tel.) Der Völkerbundsrat hielt heute vormittag zunächst eine Geheim Sitzung ab, bei der u. a. der Vertrag mit dem deutschen Generaluntersekretär Dufour-Ferance bis 31. Juli 1932 verlängert wurde. Dann folgte die öffentliche Sitzung, die vom Vorsitzenden, dem deutschen Außenminister Dr. Curtius, mit einigen freundlichen Begrüßungsworten eingeleitet wurde, worauf Henderson das Wort nahm, um den englischen Antrag zu begründen. Dieser lautet:

„Der Völkerbundsrat bittet den Ständigen Internationalen Gerichtshof, gemäß Artikel 14 des Paktes über folgende Frage sein Gutachten zu erlassen: Würde ein zwischen Deutschland und Österreich auf der Grundlage und in den Grenzen der in dem Protokoll vom 19. März 1931 vorgesehenen Grundzüge getroffene Vereinbarung mit Artikel 88 des Vertrages von St. Germain und mit dem am 4. Oktober 1922 in Genf unterzeichneten Protokoll Nr. 1 vereinbar sein?“

Der Rat bittet den Gerichtshof, den vorliegenden Antrag als dringlich zu behandeln. Der Generalsekretär wird ermächtigt, diesen Antrag dem Gerichtshof zu unterbreiten, die notwendige Hilfe zur Prüfung der Fragen zu gewähren und gegebenenfalls Vorkehrungen zu treffen, um vor dem Gerichtshof vertreten zu sein.“

Im Anschluß erklärte der österreichische Vizekanzler Schöber, daß er dem Antrag Hendersons zustimme. Die im französischen Memorandum aufgeworfene Frage, ob die geplante Zollunion Österreich wirtschaftliche Vorteile bringen würde, müsse wohl Österreich selbst überlassen werden. Den Vorwurf der Heimplünderung bei den österreichisch-deutschen Verhandlungen müsse er aber zurückweisen. Es sei unmöglich, zu behaupten, daß durch den Vertrag Österreich sich seiner Unabhängigkeit begeben habe. Nachdrücklich müsse erklärt werden, daß die paritätische Konstruktion durchaus ernst gemeint sei. Österreich und Deutschland seien bereit, auch jeder für sich, mit dritten Staaten über eine Angleichung der handelspolitischen Verhältnisse und die Feststellung des freien Warenverkehrs zu verhandeln. Eine extensive Auslegung des Genfer Protokolls würde die Sorge des Auslandes um unsere Unabhängigkeit soweit treiben, daß Österreich altionsunfähig gegenüber dem Auslande würde. Das Genfer Protokoll verpflichte nicht nur Österreich zur Wahrung seiner Unabhängigkeit, sondern auch die Mächte zu deren Wahrung. Schöber erklärte sich im übrigen vorbehaltlos mit Hendersons Vorschlag einverstanden.

Im Anschluß an diese Erklärungen präzipitierte Henderson nochmals seine Frage, ob Österreich bereit sei, bis zur Entscheidung des Völkerbundsrates über das vom Haager Gerichtshof zu erlassende Gutachten, die Verhandlungen über die Zollunion ruhen zu lassen. Schöber erklärte, daß er diese Aufforderung geben könne.

Danach sprach der französische Außenminister Briand. Er erklärte, daß Frankreich trotz aller Erklärungen und Zusicherungen die Zollunion weiterhin mit Beunruhigung betrachte. Die Unabhängigkeit Österreichs bilde einen wesentlichen Bestandteil der neuen Rechtsordnung in Europa. Die authentische Interpretation des Vertrages von St. Germain durch das Genfer Protokoll von 1922 setze die wirtschaftliche Unabhängigkeit der politischen Unabhängigkeit Österreichs gleich. Briand verwies auf die in dem französischen Memorandum dargelegten Gründe und erklärte, wenn man auch einige derselben bestreiten wolle, so bleibe doch die Tatsache bestehen, daß die Zollunion im Austausch für einen ungewissen wirtschaftlichen Vorteil sicher eine politische Gefahr, eine Bedrohung der Ruhe Europas darstelle. Wenn der Rat sich zur Entscheidung der Rechtsfrage nicht selbst für zuständig halte, so sei die französische Regierung damit einverstanden, daß ein Gutachten des Haager Gerichtshofes eingeholt werde. Sie begrüße die Vereinfachung Österreichs, den Status quo bis zur Entscheidung nicht zu ändern und beglückwünschte den Vertreter Österreichs zu diesem Akt der Ehrerbietung gegenüber dem Völkerbundsrat.

### Die Debatte im Europa-Ausschuß

Br. Genf, 18. Mai. (Priv.-Tel.) Während am Freitag zwischen den vier Außenministern vereinbart worden war, daß man in der Debatte im Europa-Ausschuß die deutsch-österreichische Zollunion nicht berühren wolle, ist es am Samstag doch zu einer großen Debatte gekommen.

Reichsaußenminister Dr. Curtius hatte sich streng an die Vereinbarung gehalten und die Zollunion lediglich im Rahmen eines großen wirtschaftlichen Klaidobers berührt. Briand ist dann aber sofort über alles Maß hinausgegangen und hat seine Angriffe gegen Deutschland und Österreich gerichtet. Das hat nicht nur in den deutsch-österreichischen Kreisen, sondern in Genf allgemeine Überraschung hervorgerufen und wurde als unerfreulich empfunden, weil Briand gar nicht als Franzose, sondern als Präsident des Europa-Ausschusses sprach. Ebenso geht die französische Denkschrift weit über den Rahmen von Vorschlägen hinaus. Der Wiener-Korrespondent in Genf nennt sie aggressiv. Man werde sich nicht wundern können, wenn Curtius sehr neugierig dagegen vorgebe. Das entspreche durchaus seiner Art.

Am Samstag sprach im Europa-Ausschuß, wie gemeldet, als erster Redner Dr. Curtius. Seine Ausführungen waren rein wirtschaftlicher Natur und galten dem Problem der regionalen Wirtschaftsvereinigung. Briand versuchte, das Thema auf das politische Gebiet herüberzuziehen, wobei er erklärte, daß Frankreich seinen Widerstand gegen das deutsch-österreichische

### Letzte Nachrichten

#### Kommunisten als Spione

##### Festnahme in Berlin

W.B. Berlin, 18. Mai. (Tel.) Durch die hiesige politische Polizei sind in den letzten Tagen mehrere Personen wegen Spionage festgenommen worden. Es handelt sich um Angehörige der KPD, größtenteils um Funktionäre, die einer weitverzweigten Organisation angehören, welche militärische und wirtschaftliche Spionage für eine ausländische Macht betreibt. Bei den Festnahmen und Hausdurchsuchungen wurde wichtiges Material festgestellt. Die Polizeidirektion erklärt, daß sie im Augenblick keine näheren Angaben zu machen in der Lage ist.

#### Henderson

##### Vorsitzender der Abrüstungskonferenz?

W.B. London, 18. Mai. (Tel.) Die Genfer Korrespondenten der Londoner Presse bezeichnen es als sehr wahrscheinlich, daß Henderson zum Vorsitzenden der internationalen Abrüstungskonferenz ausgerufen werden wird. „Times“ bemerkt dazu, daß es sich in diesem Falle um eine Ernennung durch den Völkerbund handeln würde, die auch dann gültig bliebe, wenn etwa Henderson bei Zusammentritt der Konferenz nicht mehr Außenminister sei.

#### Bombenanschläge in Lissabon

W.B. Lissabon, 18. Mai. (Tel.) Nach einer Kundgebung zu Ehren des Präsidenten der Republik im Colosseum explodierte hier auf dem Roca-Platz heute nacht gegen 2 Uhr inmitten der bei der Veranstaltung in dichten Scharen verlassenden Teilnehmer eine Bombe. Auch an anderen Stellen der Stadt wurden ungefähr zur gleichen Zeit Bomben zur Explosion gebracht. Die durch diese Anschläge erregte Volksmenge zog vor das Gebäude der Zeitung „Republica“, drang in die Redaktionsräume ein und warf das Mobiliar auf die Straße. Die Anzahl der durch die Bomben Verletzten soll ungefähr zehn betragen. In allen Fällen sind die Verletzungen leichter Natur.

#### Kommunistischer Verlesungsverfuch im Reichsheer

Wegen eines Verleses, kommunistische Verlesung in der Truppe zu tragen, wurden in Hannover zwei Obergefreite einer Kavallerie-Schwadron festgenommen und der Staatsanwaltschaft übergeben.

Zollprojekt nicht ändern werde. Dr. Curtius erwiderte, daß am heutigen Montag im Völkerbundsrat Gelegenheit sei, den deutsch-österreichischen Zollplan zu erörtern. Deutschland sei im Rahmen der Verträge geblieben. Der Italiener Grandi kritisierte den französischen Vorschlag als nicht durchführbar. Internationale Industrie- und Landwirtschaftskartelle halte seine Regierung nicht für das geeignete Mittel zur Lösung der Wirtschaftskrisis. Er erklärte jedoch auch Zollunionen als zweifelhaftes Mittel. Der österreichische Vizekanzler, Dr. Schöber, berief sich auf zwei Völkerbundsexpertengutachten über Österreichs Wirtschaftslage, in dem festgestellt werde, daß das österreichische Wirtschaftssystem eine europäische Wirtschaftsförderung und bedingt sei durch die Handelsbeziehungen zu seinen Nachbarn. Vorgezogene seien kein Ausweg aus der gegenwärtigen Lage. So bleibe nur noch die Zollunion für jene Staaten, die nicht einfach zum allgemeinen Freihandel übergehen könnten. Der Ausschuss vertrat sich dann am Montag nachmittag. Vormittags beschäftigte sich der Völkerbundsrat mit dem englischen Antrag zum deutsch-österreichischen Zollprotokoll.

#### Die französische Denkschrift

Die französische Delegation hat dem Völkerbundsekretariat die seit geraumer Zeit erwartete Denkschrift über die deutsch-österreichische Zollunion zugehen lassen. Der Wirtschaftsausschuß der französischen Regierung, der als Gegenvorschlag zu dem deutsch-österreichischen Zollplan gedacht ist, enthält gegenüber dem, was aus Vorantündigungen bekannt ist, wenig Neues. Er verschiebt die Erörterung der Frage aus der juristischen in die politische und wirtschaftliche Sphäre, deren Erörterung der englische Antrag dem Völkerbund erparieren wollte. Ob die Zollunion zu Störungen im europäischen Handelsvertragsystem führt, hängt lediglich davon ab, ob ihre Vertragspartner ihre Handelspolitik allein von politischen Motiven bestimmen lassen wollen.

Der französische Plan leitet seine Gedanken mit der Bemerkung ein: „überzeugt, daß der deutsch-österreichische Vertrag, der gewissen internationalen Abkommen widerspricht, nicht geeignet ist, den interessierten Ländern oder Europa die Vorteile zu bringen, die seine Urheber von ihm erwarten, will sich die französische Regierung nicht auf eine einfache Kritik des Wiener Projektes beschränken. Sie legt deshalb einen konstruktiven Plan vor, der geeignet ist, schnelle und wirksame Lösungen der dringenden Probleme in Europa herbeizuführen.“

Die Vorschläge sind Präferenzzölle für die Getreideüberschussländer. Schaffung von Absatzmärkten für die Industrieländer durch den Abschluß neuer internationaler Kartelle, Maßnahmen zur Hebung des Kapitalmangels. Frankreich will dabei mit Hilfe seiner Banken zur Finanzierung des Landwirtschaftlichen Absatzes durch große Staatsanleihen beitragen. Sondermaßnahmen für eine schnelle und wirksame Hilfe für Österreich müßten vorgesehen werden. Österreich müsse dafür seinerseits die Aufrechterhaltung des Status quo oder neue Vorteile als Gegenleistung anbieten.

### \*Die Oldenburger Landtagswahlen

Nach der vorläufigen Feststellung des Wahlergebnisses in Oldenburg haben sich auch diesmal klare Mehrheitsverhältnisse nicht ergeben. Vorausgesetzt, daß diese Feststellung nicht noch größere Berichtigungen erfährt. Eine kleine Berichtigung ist unter allen Umständen zu erwarten, weil sich nach dem vorläufigen Wahlergebnis nur 47 Mandate zusammenzählen lassen: der Landtag in Oldenburg umfaßt indessen 48 Abgeordnetenstimmen.

Das Kräfteverhältnis ist nach der gestrigen Wahl folgendes: Die Nationalsozialisten haben 19 Abgeordnete, die Deutschnationalen 2, das Landvolk 1 und die Deutsche Volkspartei 1 Abgeordnete. Die Parteien der Rechten einschließlich der Deutschen Volkspartei verfügen also zusammen über 23 Sitze. Ihnen stehen die Parteien der Weimarer Koalition, die jedoch in Oldenburg in den letzten Jahren nicht mehr funktioniert hat, mit folgenden Differenzen gegenüber: Sozialdemokraten 11, Zentrum 9 und Staatspartei 1 Abgeordnete; das macht zusammen 21 Sitze. Die Kommunisten haben 3 Mandate erobert und bilden gewissermaßen das Zünglein an der Waage.

Jedenfalls steht heute schon das eine fest, daß die Rechte aus eigener Kraft eine Mehrheit nicht bilden kann. Selbst dann, wenn das eine, noch ausstehende Mandat ihnen zufiele, würde sie erst genau die Hälfte (24) der sämtlichen Sitze (48) haben. Eine zuverlässige Mehrheitsbildung wäre nur möglich mit Hilfe des Zentrums. Praktisch scheidet diese Eventualität nach Lage der Dinge aus. Ein Minderheitskabinet der Rechten könnte jederzeit von den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Staatspartei und der Kommunisten gestürzt werden. Nach alledem ist es nicht ausgeschlossen, daß schon in Kürze ein neuer Appell an die Wählerschaft erfolgen wird, falls man nicht das bisherige Kabinet — ein Beamtenkabinet — weiter regieren läßt. Dazu gehörte aber die Zustimmung der Nationalsozialisten.

Die Oldenburgischen Landtagswahlen haben wieder einmal gezeigt, daß ein großer Wahlsieg nicht immer auch die Eroberung der politischen Macht in sich schließt. Den Nationalsozialisten ist es nicht gelungen, die Herrschaft über den Landtag an sich zu reißen. Ihre ziffernmäßigen Erfolge sind allerdings ganz gewaltig. Nach dem Reichstagswahlergebnis würden die Nationalsozialisten 15 Mandate beansprucht haben. Nach dem gestrigen Wahlergebnis haben sie es auf 19 Mandate gebracht. Das heißt, sie haben ihren Besitzstand seit dem 14. September 1930 noch um rund 25 Proz. vergrößert. Die Nationalsozialisten sind heute die weitaus stärkste Partei in Oldenburg; sie haben fast doppelt soviele Mandate, wie die Sozialdemokraten, welche früher die stärkste Partei des Landes waren.

Alle übrigen bürgerlichen Parteien — mit Ausnahme des Zentrums — spielen neben den Nationalsozialisten nur noch die Rolle von Anhängeln. Die Deutsche Volkspartei, die im alten Landtag noch über 5 Mandate verfügte und selbst am 14. September 1930 auf 2 Mandate gekommen wäre, muß sich jetzt mit 1 Mandat begnügen. Deutschnationale und Landvolk, die im alten Landtag zusammen 6 Mandate hatten und am 14. September 1930 4 Sitze errungen hätten, haben es diesmal zusammen auf 3 Sitze gebracht. Die Volkspartei und die Wirtschaftspartei haben nach dem vorläufigen Wahlergebnis überhaupt keinen Sitz erobert. Die Wirtschaftspartei, der Christlich-Soziale Volksdienst und die mehr rechts stehende Liste Wegand, haben es wohl zusammen auf rund 12 700 Wählerstimmen gebracht. Jene Mandate vermochten sie aber nicht zu erobern, so daß ihre Wählerstimmen vollkommen unter den Tisch fallen. Bei einer Besprechung der politischen Bedeutung des Wahlergebnisses sind sie natürlich zu berücksichtigen. Sie verstärken den Eindruck, daß in Oldenburg ziffernmäßig ein starker Aufschwung nach rechts stattgefunden hat.

Sehr empfindlich sind die Verluste der Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten, die im alten Landtag 15 Mandate besaßen, haben jetzt nur noch 11 Mandate. Ihre Wählerstimmen sind von 66 643 auf 57 536 zurückgegangen. Der Answall ist den Kommunisten zugute gekommen. Die Kommunisten hatten 1928 8380 Stimmen und haben jetzt 19 389 Stimmen und demgemäß 3 Mandate. Die beiden sozialistischen Parteien verfügten im alten Landtag über 16 Mandate, im neuen Landtag nur noch über

Mit der Beilage: Gewinnliste der Mannheimer Waimarkt-Lotterie

14. Berücksichtigt man die stärkere Wahlbeteiligung, so hat zweifellos eine Schwächung der Linken stattgefunden. Sehr gut gehalten hat sich, wie ja bei allen Wahlen der letzten Zeit, das Zentrum. Wir haben neulich schon darauf aufmerksam gemacht, daß das Zentrum die einzige bürgerliche Partei ist, die sich bisher der äußeren Rechten gegenüber hat behaupten können. Wenn allerdings die Entwicklung so weiter fortschreitet, wie wir sie auch gestern wieder bei den Oldenburgischen Landtagswahlen beobachten konnten, dann wird das Zentrum in Wälde die einzige Partei der Mitte sein. Denn die Staatspartei und die Deutsche Volkspartei haben so schwere Einbußen erlitten, daß sie als Parteien kaum noch in Betracht kommen. Höchstens kann die kleine Biffer ihrer Mandate bei Abstimmungen ins Gewicht fallen. Entbehren kann man sie im parlamentarischen Betrieb nicht; aber irgendeine Macht vorzupern sie zur Zeit nicht mehr.

### Drei französische Flugzeuge in Schweinfurt gelandet

#### Ein kleiner Irrtum?

In Schweinfurt (Unterfranken) landeten am Sonntagabend um 8 Uhr auf dem dortigen Flugplatz drei große französische Jagdflugzeuge, nachdem sie vorher in einer Höhe von 2000 m einige Kreise über der Stadt gezogen hatten. Die modern ausgestatteten Maschinen, die die Hoheitszeichen Frankreichs tragen, waren mit je zwei Maschinengewehren ausgerüstet. Nach ihren Angaben haben die Flieger die Orientierung verloren und sich verfliegen. Sie wurden in ein Hotel als Schutzflieger unter Aufsicht von Kriminalbeamten gebracht. Die Flugzeuge stehen unter polizeilicher Bewachung. Die vorgefundenen Karten und die Dienstbücher wurden beschlagnahmt.

M.W. Nürnberg, 18. Mai. (Tel.) Wie von der Flugüberwachungsstelle Bayern-Nord mitgeteilt wird, ist die Untersuchung im Falle der Notlandung der drei französischen Militärflieger auf dem Flugplatz in Schweinfurt abgeschlossen. Über das Ergebnis werden von der zuständigen Stelle keine näheren Angaben gemacht. Die Entscheidung über die Freigabe der Flugzeuge liegt nunmehr beim Reichswehrministerium.

### Kommunistischer Ueberfall auf einen Gesangsverein

M.W. Berlin, 18. Mai. (Priv.-Tel.) In Liebenau bei Schwiebus in der Mark feierte in der Nacht zum Sonntag ein Gesangsverein sein Stiftungsfest. Plötzlich erschienen kurz vor Mitternacht mehrere Autos, die vollbesetzt mit Kommunisten waren. In wenigen Augenblicken bildete der sonst so stille Marktplatz das Bild eines wüsten Getümmels. Die Kommunisten drangen in die Gastwirtschaft und schlugen mit Knüppeln, Stöcken, Riemen usw. auf die Festteilnehmer ein. Die Mitglieder des Gesangsvereins wehrten sich mit Stühlen und Biergläsern, so gut sie konnten. Darauf gaben die Kommunisten mehrere Schüsse ab. Nachdem das Lokal in ein Trümmerfeld verwandelt war und drei Schwerverletzte und fünf leichter Verletzte auf dem Fußboden bewußlos liegen geblieben waren, verließen die Kommunisten mit ihren Autos das Städtchen in rasender Fahrt. Bei einigen Verletzten besteht Lebensgefahr.

### Die gedroffene Einwanderung nach den USA

M.W. Washington, 18. Mai. (Tel.) Nach einer Mitteilung des Präsidenten Hoover ist in den ersten drei Monaten dieses Jahres die Einwanderung auf 10 815 Personen zurückgegangen, während der Abgang durch Auswanderung und Ausweisung in der gleichen Zeit auf 21 488 stieg, so daß monatlich 3550 mehr Personen die USA. verlassen, als hereinkamen. Von den obigen 21 488 Personen wurden insgesamt 7658 ausgewiesen; von April 1930 bis Ende März 1931 betrug die Zahl der Ausgewiesenen 28 498.

Neue Deutschausweisung aus Litauen. Dem juristischen Berater der deutschen Gesandtschaft in Rom, Rechtsanwalt Baumgärtel, wurde jetzt vom litauischen Ministerium mitgeteilt, daß er innerhalb eines Monats, bis zum 15. Juni also, Litauen zu verlassen habe. — Litauen hat wegen der früheren Ausweisungen Deutschland eine strikte ablehnende Antwort gegeben.

Die chinesische Verfassung. Die Nationalversammlung in Peking hat am Freitag, dem Vorschlag Tschiangkaischeks folgend, eine Resolution angenommen, die die provisorische Verfassung der „ewigen Republik China“ ab 1. Juni 1931 festsetzt.

### Badisches Landestheater

#### „Julius Cäsar“ von Shakespeare

Es ist immer ein Wagnis, eines der großen Historien Dramen Shakespeares auf die Bühne zu bringen. Dem Geschmack des heutigen Publikums kommen sie wenig entgegen, und ihre Inszenierung bietet regietechnisch und in der Rollenbesetzung so viele Schwierigkeiten, daß nur selten eine wirklich gute Aufführung herauskommen kann.

Diese Schwierigkeiten fallen doppelt schwer ins Gewicht bei einem Stück, das, wie „Julius Cäsar“, selbst im Aufbau so große Schwächen aufweist. Die tektonischen Mängel des Dramas sind allzu bekannt, als daß es nötig hätte, sie hier noch besonders zu erwähnen. Immer wird es deshalb die Aufgabe der Spielleitung sein müssen, diese Schwächen durch die Kunst der Regie und durch eine glänzende Einzeldarstellung zu überdecken.

Was das erstere betrifft, so ist Felix Baumgärtel diese Überbedeutung zum Teile gelungen. Vor allem wirkte er die Massen auf der Bühne so geschickt zu bewegen, daß Eindrücke von großer, einheitlicher Kraft entstanden. Und auch sonst hatte er durch weise Beschränkungen die szenischen Vorgänge so eng zusammengefaßt, als daß bei diesem Drama überhaupt nur möglich ist.

Der Theaterdekorateur hatte allerdings in der Beschränkung stellenweise des Guten zu viel getan. Gewisse Einzelheiten der Bühnenausstattung wirkten doch gar zu dürftig und nüchtern. Wir haben es hier nun einmal mit einem Stück zu tun, das im prunkenden Gewande heldenhaften Römertums dahinschreitet und uns schon rein äußerlich ein Abbild von Roms Größe geben soll. Und da ist es denn doch ein Fehlgriff, wenn man die Dekoration so betont dürftig erscheinen läßt.

Die fatalsten Schwächen im Aufbau bekommt der zweite Teil des Dramas. Sie können wohl von keinem Regisseur ganz überlückt werden. Ich hatte allerdings bei der vorgestrigen Aufführung manchmal das Gefühl, als ob sie hier noch beson-

### Die Landtagswahlen in Oldenburg

#### Das vorläufige Gesamtergebnis

M.W. Oldenburg, 18. Mai. (Tel.) Das vorläufige Endergebnis der Wahlen zum Oldenburgischen Landtag stellt sich wie folgt:

Partei	Stimmen	Mandate
Deutsche Volkspartei	5 796	1
Sozialdemokraten	57 536	11
Staatspartei	8 983	1
Nationalsozialisten	101 490	19
Kommunisten	19 389	3
Wirtschaftspartei	4 525	0
Landvolk	5 427	1
Christl.-Soz. Volksdienst	3 006	0
Zentrum	46 295	9
Deutschnationale	13 529	2
Liste Wegand	5 194	0

In der Stadt Oldenburg wurden abgegeben: Deutsche Volkspartei 1887 (8082 bei der Reichstagswahl am 14. Sept. 1930), Sozialdemokraten 5865 (6778), Deutsche Staatspartei 2636 (2606), Nationalsozialisten 10 570 (8525), Kommunisten 3366 (2212), Wirtschaftspartei 986 (1606), Landvolk 28 (335), Christl.-Soz. Volksdienst 668 (691), Zentrum 1307 (1233), Deutschnationale 2452 (1733).

Im Landesteil Vörden betrug die Wahlbeteiligung 66 Prozent gegenüber 70 Prozent bei den letzten Reichstagswahlen. Es entfielen auf die Sozialdemokraten 3719 (5363), Zentrum 3498 (3739), Nationalsozialisten 8092 (5945), Landesblock (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Christl.-Soziale, Bauernpartei und Konservative) 5194 (7118), Kommunisten 2303 (1853), Volkspartei 336 (127), Christl.-Soziale 221 (keine Vergleichszahl), Unabhängige Sozialdemokraten 221 (keine Vergleichszahl).

Im Landesteil Vörden betrug die Wahlbeteiligung 66 Prozent gegenüber 70 Prozent bei den letzten Reichstagswahlen. Es entfielen auf die Sozialdemokraten 3719 (5363), Zentrum 3498 (3739), Nationalsozialisten 8092 (5945), Landesblock (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Christl.-Soziale, Bauernpartei und Konservative) 5194 (7118), Kommunisten 2303 (1853), Volkspartei 336 (127), Christl.-Soziale 221 (keine Vergleichszahl), Unabhängige Sozialdemokraten 221 (keine Vergleichszahl).

### Kreistagswahlen im Freistaat Danzig

Die Kreistagswahlen im Freistaat Danzig, die am Sonntag stattfanden, brachten den Nationalsozialisten, die in dem bisherigen Kreistag noch nicht vertreten waren, erhebliche Erfolge. Die für sie abgegebenen Stimmen überstiegen diejenigen der letzten Volksstagswahlen im November 1930 in den einzelnen Wahlkreisen noch um 45 bis 50 Prozent. Auch die Sozialdemokraten haben einen recht beträchtlichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen, wogegen die Deutschnationalen schwere Verluste erlitten haben. Auch das Zentrum und die Kommunisten haben ihren bisherigen Stand nicht ganz behaupten können. Die Wahlbeteiligung schwankte zwischen 65 und 85 Prozent. In Mierau und Neuteich kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Schutzbündlern, wobei ein Schutzbündler durch einen Bauchschuß so schwer verletzt wurde, daß mit seinem Tode zu rechnen ist. Zwei andere Schutzbündler wurden leichter verletzt.

### Gemeinderatsersatzwahlen in Innsbruck

Die Ergänzungswahl für den Gemeinderat der Landeshauptstadt von Tirol, Innsbruck, fand am Sonntag statt. Gemäß der Innsbrucker Gemeindevorordnung scheiden jedes zweite Jahr die ältesten Mitglieder des Gemeinderats aus und werden durch neu gewählte Mitglieder ersetzt. Der letzte Gemeinderat zählte 18 Sozialdemokraten, 13 Christlichsoziale und 9 Großdeutsche. Von diesen scheideten aus 9 Sozialdemokraten, 5 Großdeutsche und 6 Christlichsoziale. Die Sozialdemokraten behaupten ihren bisherigen Besitzstand, die Großdeutsche Volkspartei erhielt 4 Mandate und verlor eines, die Tiroler Volkspartei (Christlichsoziale) erhielten 7 Mandate, gewannen also eines.

Der Kampf um die Prohibition in Finnland. Die mit der Umarbeitung des Prohibitionsgesetzes beauftragte Sonderkommission hat nunmehr — wie aus Helsingfors gemeldet wird — einen neuen Entwurf ausgearbeitet. Dieser sieht den völlig freien Handel mit Weinen, deren Alkoholgehalt bis 12 Proz. betragen darf, wie auch mit einem stärkeren Bier, dagegen bleibt der Branntweinhandel nach wie vor unterstellt. Bei der Abstimmung unter den Studenten haben nur 11 Proz. für die Aufhebung des Alkoholverbotes gestimmt.

Zusammenstoß Toscaninis mit dem Faschismus. Wie aus Bologna gemeldet wird, sollte dort Toscanini Donnerstagabend ein Konzert geben. Man forderte ihn auf, seine Darbietungen neben dem Königsmarsch auch mit dem Faschistenmarsch zu eröffnen. Da sich Toscanini weigerte, setzten Demonstrationen ein, die sich auch auf der Straße noch fortsetzten.

ders unangenehm hervorträten. Doch sprach hierbei wohl unwillkürlich schon das Manko mit, daß sich in darstellerischer Beziehung offenbare. Jedenfalls artete der ganze Schluß der Aufführung für meine Begriffe in hohle Pathetik, fatale Innatur und disharmonisches Durcheinander aus. Und damit wird natürlich ein Publikum, das schon an und für sich vielfach das Erbarmen mit Spottfluch zu betrachten pflegt, nicht gerade für das Stück gewonnen.

Sagen wir es ganz offen heraus: unserer Spielleitung steht nicht das Darstellermaterial zur Verfügung, um alle Rollen des „Julius Cäsar“ in befriedigender Weise besetzen zu können. Daß man heutzutage Shakespeare nicht mehr im Stil der Reininger aufführt, versteht sich von selbst. Wie verlangen die Natürlichkeit der Mimik und des Sprechens. Aber einen gewissen, tragischen oder meinethwegen klassischen Stil, muß das Ganze doch wohl haben. Die Aussprache der Verse muß so sein, daß man ihren Inhalt versteht und in sich aufnimmt. Und vor allem muß doch der Ernst der Geschehnisse in der Darstellung gewahrt bleiben. Nun will ich gewiß nicht behaupten, daß irgendjemand diesen Ernst vermissen ließ. Im Gegenteil! Alle Mitwirkenden waren mit bewunderungswürdigem Eifer bei der Sache. Aber leider nicht allen ist es gelungen, im klassischen Drama eines Shakespeares ihren Mann zu stellen, so gut sie im modernen Schauspiel auch sein mögen. Und je mehr sie sich anstrengen, um so eher erreichen sie die Grenze, wo das unfreiwillig Komische beginnt. Wenn dem aber so ist, sollte man lieber solche Dramen erst gar nicht aufführen. Gelingen kann das Werk ja doch nicht, da das Material zu spröde ist.

Daß einzelne darstellerische Leistungen sehr schön waren, vermag an diesem Gesamteindruck wenig zu ändern. Herr Hier war zum Beispiel ein prächtiger Brutus und Herr Dahlen ein ganz meisterhaft gespielter Marc Antonius. Und auch Fr. Schreiner erwiderte als Portia von neuem Bewauern über ihr demnächstiges Scheiden von unserer Bühne. — Das Haus war nur mäßig besetzt, und ich befürchte, daß der Besuch auch bei günstigerem Theaterwetter (mehr Regen und weniger Sonne) nicht viel besser sein wird.

C. Amend.

### „Entproletarisierung des Proletariats“

#### Die soziale Enzyklika

Anlässlich der 40. Jahr-Feier der Enzyklika „Rerum novarum“ hat Papst Pius XI. eine neue Enzyklika zur sozialen Frage erlassen. In ihr werden Fragen von Kapital und Arbeit ausführlich besprochen und als Ziel die Entproletarisierung des Proletariats aufgestellt.

Zunächst würdige der Papst die Bedeutung der „Rerum novarum“-Enzyklika für die Ausbildung einer Gesellschafts- und Wirtschaftslehre nach katholischen Grundsätzen, ferner für die aus einem neuen Geist geborene Sozialpolitik und für die christlich-religiöse, sittliche und gesellschaftlich-wirtschaftliche Umbildung der Arbeiterschaft, die den Arbeiter zu zielbewusster und plandvoller Vertretung der sittlichen und wirtschaftlichen Belange der Arbeiterschaft und selbst zur Übernahme der Führung auf diesem Gebiet befähigt.

Aber das Verhältnis von Kapital und Arbeit wird erklärt, daß keiner von beiden Teilen den Gesamtertrag ihres Zusammenwirkens beanspruchen könne. In der Vergangenheit ergab sich zwischen Kapital und Arbeit zweifellos ein zu starkes und ungerechtes Mißverhältnis. Sehen wir doch auf der einen Seite ungeheure Vermögen in der Hand ganz weniger Ueberreicher zusammengeballt, aber auf der anderen Seite eine unabhängige Masse von Verlohnerarbeitern, die nichts besitzen als ihre Arbeitskraft. Eine Neuordnung der ganzen Wirtschaft ist daher unerlässlich. Sie muß der Rücksicht der Gemeinwohlgerechtigkeit wieder angepaßt werden in der Form, daß der gemeinsame Ertrag von Kapital und Arbeit mehr der Billigkeit entsprechend geteilt wird. Damit kommen wir zu der von Leo XIII. so dringend verlangten Entproletarisierung der Proletarier.

Die Verschiedenheit der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse innerhalb der Menschheitsfamilie ist vom Schöpfer in dieser Weise absichtlich gewollt und kann nie verschwinden. Aber dauernde Proletariat kann nicht der Regelszustand sein für den größten Teil der Menschheit. Allmählich muß die beschlossene Lohnarbeiterschaft zu einer entsprechenden Wohlhabenheit gelangen können. Dieses Ziel ist in der bestehenden Ordnung der Dinge nur erreichbar im Wege gerechter und angemessener Löhne. Mit rechtshaffener Arbeit muß die Lohnhöhe dem Arbeiter nicht allein die Befreiung seiner ephemer eigenen Lebenshaltung, sondern auch seiner Familienlasten ermöglichen und ihm überdies gestatten, seine Lage in der bezeichneten Weise mit Erfolg zu verbessern.

Im Schlußteil gibt der Papst einen Gesamtüberblick über die gegenwärtige Lage des herrschenden Wirtschaftssystems. Ohne dieses an und für sich als schlecht zu verwerfen, kennzeichnet er es doch als stark mißbildet und an schwere Gebrechen krankend. Der Sozialismus habe seit der Zeit Leos XIII. tiefgehende Wandlungen durchgeführt und sich in zwei Richtungen gespalten. Die eine Richtung unter dem Namen Kommunismus führt die sozialen Grundsätze bis zu ihren äußersten Folgerungen durch. Ihre völlige Inertheit mit den Lehren der Kirche steht außer Frage. Die andere Richtung, die den Namen Sozialismus führt, habe vielfach starke Abstriche in ihrem Programm vorgenommen und sei in einer Reihe von Punkten mehr oder weniger den katholischen sozialen Prinzipien nahegekommen. Trotzdem erklärt der Papst: Man kann nicht gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist sein! Er beschwört deshalb zum Schluß alle die, die von trügerischen Hoffnungen getrieben ins Lager des Sozialismus übergegangen sind, zur Rückkehr zur Kirche.

### Kurze Nachrichten

„Zweiter Lohnabbau untragbar.“ Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald empfing am Samstag, wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, Gewerkschaftsvertreter aller drei Richtungen aus Sachsen. Auch der sächsische Innenminister nahm an diesem Empfang teil. Dr. Stegerwald erklärte, daß weder er noch der Reichsminister der sächsischen Unternehmen irgendwelche Zugeständnisse zu einem besonderen Abbau der Löhne gemacht hätten. Er hält den zweiten Lohnabbau aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen für untragbar.

Der Reichsverband der deutschen Presse begann am Sonntag seine Tagung in Wien. Er beschloß, der Mitarbeit von Außenseitern entgegenzutreten und durch gemeinschaftliche Abmachungen den freien Mitarbeitern ihre Existenzgrundlagen wieder zu verbriefen. Dr. Frankenthal (Hamburg) sprach zu dem Thema „Redakteur oder journalistischer Angestellter“. Er wies auf die schweren Gefahren hin, die für das gesamte Zeitungswesen aus der Degradierung der journalistischen Persönlichkeiten erwachsen müßte. Es wurden einige Entschlüsse gefaßt. Ferner wurde beschlossen, einen Entwurf über die Presseammern auszuarbeiten. Die Wahlen ergaben die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Präsidiums: Chefredakteur Wilhelm Adernann (Berlin), Chefredakteur Freund (München) und geschäftsführender Vorsitzender Richter.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hielt in Saarbrücken eine Tagung ab. Sie fordert weitere scharfe Maßnahmen zur inneren Befundung und Rettung. Das deutsche Volk werde diese Opfer nur tragen können, wenn es sehe, daß sie die Stärkung des Reiches im Kampf um die Revision der Tribunalklagen zum Ziele haben. Das Reich müsse darüber Verhandlungen in Gang bringen. Der Bevölkerung der Saar wurde für ihre Treue gedankt.

Beamte und Arbeitslosenversicherung. Die Angestelltenorganisationen forchten in einer Eingabe an die Reichsregierung u. a., die Beamten zu den Löhnen der Arbeitslosenversicherung heranzuziehen. In der Begründung wird u. a. darauf hingewiesen, daß mit großem Nachdruck vor einer erneuten Kürzung der Angestelltenbezüge gewarnt werden müsse. Die Angestellten der Behörden und öffentlich-rechtlichen Betriebe müßten genau so wie die Angestellten der Privatunternehmen Beiträge zu den verschiedenen Sozialversicherungen zahlen. Sie erleiden dadurch schon eine Kürzung ihres Einkommens bis zu 18 Proz.

Ein Kommunist wegen Vergehens gegen die Religion verurteilt. Das Münchener kommunistische Blatt „Die neue Zeitung“ hat wiederholt Artikel gebracht, in denen über kirchliche Neubauten, die katholische Kirche und ihre Einrichtungen kritisiert wurde. Alle Artikel waren gebet durch den Namen des Abg. Buchmann, dessen Strafverfolgung nunmehr nach Aufhebung der Immunität möglich geworden war. Das Gericht verurteilte Buchmann wegen Vergehens gegen die Religion zu vier Monaten Gefängnis. Der Verurteilte hat auch die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Klageerhebung gegen Minister Franzosen. Die Berliner Zeitungspresse teilte mit: „Die Staatsanwaltschaft I Berlin, hat den braunschweigischen Minister des Innern, Dr. Franzen, Mitglied des Reichstags, angeklagt, in Berlin Mitte am 13. Oktober 1930 fortgesetzt handelnd den Landwirt Guth nach Vergebung eines Vergehens beschützt zu haben, um ihn der Bestrafung zu entziehen.“

Die Kunstfliegerin Lola Schröter hat bei einem Flugtag in Leipzig-Mockau mit ihrem 19. Fallschirmabsprung aus 7400 Meter Höhe ihre eigene Welthöchsteilung für Frauen um 2800 Meter, die sie im Jahre 1929 aufgestellt hat, überboten. Der Abprung gelang planmäßig.

Badischer Teil

Die genossenschaftlichen Tagungen in Konstanz

Zum Konziliumsjaal in Konstanz eröffnete Freitag mittag der Präsident des Verbandes, Keidel, den zweiten Verbandstag der Badischen Landwirtschaftlichen Genossenschaften die Reihe der diesjährigen genossenschaftlichen Tagungen. Diese sind von über 2000 Genossenschaftlern aus dem ganzen Lande besucht, die zum großen Teil in einem Sonderzug nach Konstanz gebracht worden waren.

Auf der Generalversammlung der Badischen Landwirtschaftsbank teilte Vorstand Kandel mit, daß die vom badischen Staat übernommene Bauschuld in Höhe von 900 000 M., die die Fusionsverluste decken helfen sollte, nicht in Anspruch genommen werden braucht und daß der Kredit daher zurückgezahlt worden ist.

Die Genossenschaftstage, die, wie jetzt feststeht, eine Beteiligung von rund 260 Genossenschaften und über 2000 Teilnehmern aufwiesen, fanden am Samstag ihre Fortsetzung mit der 10. Generalversammlung der Badischen Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft. Zugewogen waren neben dem Reichstagsabgeordneten Dies die bäuerlichen Abgeordneten des Landtags. Auch hatten sich wieder die bereits genannten Ehrengäste mit Ministerialrat Dr. Jung an der Spitze eingefunden.

Nach Begrüßungsworten des Aufsichtsratsvorsitzenden, Landesökonomierat Schittenhelm (Augsburg), erstattete Direktor Hilger den Geschäftsbericht für 1930, aus dem zu entnehmen ist, daß der Umsatz der Zentralgenossenschaft in dem abgelaufenen Geschäftsjahr 23 850 000 M. betrug. Am 31. Dezember 1930 war ein Mitgliederstand von 1541 mit 2284 Anteilen vorhanden. Die reiche Kartoffelernte des vergangenen Jahres konnte reiflos abgesetzt werden, wenn auch zu sehr niedrigen Preisen. Die Obsterteile ist fast völlig ausgefallen. Beim Wein wurden trotz guter Qualität infolge Abmangelns nur sehr geringe Preise erzielt. Viehpreise ebenfalls unbedeutend, dagegen Preise für Tabak zufriedenstellend. Der Bericht betont, es wäre sehr zu wünschen, wenn die gesamte deutsche Düngeindustrie mit Rücksicht auf die Rolle der Landwirtschaft eine fähigere Preisfindung herbeiführen würde. Weiter wird hervorgehoben, vor allem sei erntebereitwert, durch Erzeugung von Qualitätswaren den badischen Produkten einen guten Namen zu verschaffen, um dadurch den Absatz zu erleichtern und bessere auskömmlichere Preise zu erzielen. Zudem sei ferner notwendig, das gesamte Angebot der landwirtschaftlichen Erzeugnisse möglichst in eine Hand zu bekommen. Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung wurden einstimmig genehmigt. Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt und folgende Verwendung des Reingewinns von 200 493 M. beschlossen: 100 247 M. (50 Prozent) werden dem Reservefonds zugewiesen, 50 123 M. (25 Prozent) kommen zur Betriebsrücklage. Zur Verteilung gelangen 7 Prozent Dividende mit einem Gesamtbetrag von 46 200 M., 3923 M. werden auf neue Rechnung vorgetragen.

Den Meigen der genossenschaftlichen Tagungen beschloß der 86. Verbandstag des Badischen Molkereiverbandes, dem u. a. auch der Vorsitzende des Verbandes badischer Milchbedarfsgemeinden, Erster Bürgermeister Dr. Balli, Mannheim, beiwohnte. Verbandspräsident Nerpel, Lohrbach (Amt Rosbach), schilderte die Entwicklung und Lage der badischen Milchwirtschaft, wobei er die Stellungnahme der Stadt Konstanz zur Frage der Milcheinfuhr bemängelte. Dem Verbandsvorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Präsident Schill kennzeichnete die Milchwirtschaft als den bedeutsamsten Faktor der badischen Landwirtschaft und stellte fest, daß die wirtschaftspolitischen Organisationen, die sogenannte badische grüne Front, im engsten Einvernehmen mit dem Badischen Molkereiverband stehen. Der Redner besprach dann die ungünstigen Verhältnisse auf dem Buttermarkt. Man müsse der badischen Regierung für ihre Einstellung in der Frage der Milchwirtschaft außerordentlich dankbar sein. Eine Erhöhung der Butterzölle sei unbedingt erforderlich, wenn nicht die Milchwirtschaft im Süden und Westen Deutschlands zusammenbrechen soll. Die rege Aussprache fand ihren Niederschlag durch die einstimmige Annahme zweier Entschlüsse, deren erster unter dem Hinweis auf den anhaltend niedrigen Preisstand für Molkereiprodukte, insbesondere für Butter, die Reichsregierung ersucht wird, die geplanten, aber zurückgestellten zollpolitischen Maßnahmen in Kraft zu setzen. In der zweiten Entschliessung wird das Innenministerium ersucht, mit größtem Nachdruck darauf hinzuwirken, daß der Bearbeitungszwang in sämtlichen Städten durchgeführt wird, in denen die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Damit waren die genossenschaftlichen Tagungen, die sich zu einer imponanten Kundgebung für den bäuerlichen Genossenschaftsgeanden gestaltet hatten, beendet. — Der Nachmittag brachte bei wunderbarem Wetter und starker Beteiligung eine Seerundfahrt mit anschließendem Besuch der Stadt Meersburg.

Der Verband badischer Tierzuchtvereine hält seine diesjährige Landesversammlung vom 15. bis 17. Mai in Konstanz ab. Man erwartet Vertreter aus Baden, Württemberg, Bayern, Österreich und der Schweiz. Am Freitag, den 15. Mai, sind u. a. vorgelesen zwei Lichtbildervorträge durch den Vorsitzenden des Landesverbandes, Oberleutnant Wittich, Freiburg, für die gesamte Schuljugend von Konstanz, und ein Besuch der Vogelwarte auf der Mettau.

Der Bezirksverein Baden des Deutschen Drogistenverbandes feierte am Himmelfahrtstag in Mannheim die Feier seines 25jährigen Bestehens. Als Vertreter der badischen Regierung war Landrat Dr. Guth-Vander erschienen. Der Bezirksverein zählt zur Zeit 155 Mitglieder. Im Bezirk werden zur Zeit vier Drogistenfachschulen, und zwar in Mannheim, Heidelberg, Freiburg und Karlsruhe unterhalten.

Die Hochwassererschäden

Die Hochwasserkatastrophe in den Gemeinden des Amtsbezirks Wertheim hat bekanntlich ganz bedeutenden Schaden verursacht. Schnellste Hilfeleistung tut not. Es hat sich infolgedessen unter dem Vorsitz des Landrats ein Hilfsausschuß gebildet, der soeben mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit tritt und in dem es u. a. heißt: Eine Hochwasserkatastrophe, wie sie sich hier seit Menschengedenken nicht ereignete, hat zahlreiche Gemeinden des Amtsbezirks Wertheim schwer betroffen. In größte Not sind ganz besonders die im Wildbachtal gelegenen Gemeinden des Amtsbezirks Wertheim geraten. Rascher Hilfe bedarf es, um die dringendste Not zu lindern. Spenden jeder Art nehmen die gebildeten Sammelstellen entgegen.

Die Feibelsberger Stadterwaltung ist augenblicklich damit beschäftigt, eine Aufstellung über die Hochwassererschäden in Feibelsberg auszuarbeiten. Nach den bisher vorliegenden Meldungen beläuft sich der angerichtete Schaden auf weit über 300 000 RM. Dabei bezieht sich diese Ziffer vorerst lediglich auf die Schäden an den Straßen, den Häusern und den Badeanstalten. Die erheblichen Schäden, die das Reich als finanzieller Träger der Redarbaugesellschaft an den Staustufen bei Wiblingen und Feibelsberg erlitten hat, lassen sich im Augenblick noch gar nicht übersehen.

Der Verband der badischen Mittel- und Kleinbrauer hielt in Aberglingen seine 21. Jahresversammlung ab. Präsident Ketterer erstattete den Jahresbericht. Noch nie sei das Bier, das Volksgetränk des deutschen Volkes, so stark belastet gewesen, wie heute, was seinen sichtbaren Ausdruck in dem erheblichen Konsumrückgang findet. Es bleibe nur zu hoffen, daß für die Biersteuer die niedrigsten Sätze zur Anwendung kämen.

Gemeinderendmission

Bürgermeisterwahlen. Zum Bürgermeister von Dingelsdorf (bei Konstanz) wurde der bisherige Bürgermeister Johann Baummann mit 209 Stimmen gewählt. Sein Gegenkandidat, Gemeinderat Karl Huber, ein Sohn des früheren Bürgermeisters, erhielt 81 Stimmen. — Bei der Bürgermeisterwahl in Ladenburg entsien auf den sozialdemokratischen Kandidaten Dr. Ries 14 Stimmen, auf den Kandidaten der Wirtschaftspartei 14 Stimmen, auf den Kandidaten des Zentrums 13 Stimmen, auf den nationalsozialistischen und kommunistischen Kandidaten 12 bzw. 8 Stimmen. Die Wahl verlief mithin ergebnislos. Es ist ein zweites Wahlgang notwendig, der auf Samstag, den 23. Mai, festgesetzt wurde. — In Altmannswier wurden 431 Stimmen abgegeben. Asefor Georg Andreas Schäfer erhielt 276, Kaufmann Wilhelm Kunz 156 Stimmen. Der feiberger Bürgermeister Dreger, der sein Amt seit vielen Jahren versehen hat, hat eine Wiederwahl abgelehnt.

Zur Schöpheimer Bürgermeisterwahl wird uns geschrieben, daß eine irreführende Nachricht durch die Presse gegangen sei. Der von Konstanzer Stadterwaltung angehörende Dr. Hirth ist von der Bürgervertretung, die über 28 Stimmen verfügt und vom Zentrum, das über 8 Stimmen verfügt, als Kandidat aufgestellt worden. Aus dem Stimmverhältnis gehe ohne weiteres hervor, daß von einer „Führung“ der bürgerlichen Parteien durch das Zentrum keine Rede sein könne. Unrichtig sei ferner, daß die „Rechtsgruppen“ sich nicht für Dr. Hirth entscheiden könnten; gemeint ist offenbar die dritte bürgerliche Rathhauspartei, die Mittelparthei, die über 10 Stimmen verfügt, und die eine einheitliche Parole bis jetzt nicht herausgegeben hat. Wie man hört, stellt sie die Abstimmung ihren einzelnen Mitgliedern anheim.

Eingefoltes dienstpolizeiliches Verfahren. Der Bezirksrat in Säckingen hatte sich mit einem dienstpolizeilichen Verfahren gegen Bürgermeister Walz in Rheinfelden zu befassen. Nach eingehender Erörterung sprach sich der Bezirksrat einstimmig dafür aus, daß das Verfahren vom Bezirksamt eingestellt wird, und daß die einmütige Stellungnahme des Bezirksrates der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird. Dem Dienststrafverfahren, das Bürgermeister Walz gegen sich selbst beantragt hatte, lagen Zeitungsangriffe gegen seine Amtsführung zugrunde, die sich als unwahr herausstellten.

Der Bürgerausschuß Neustadt hatte dieser Tage nach 14stündiger Debatte die Bürgersteuer nach dem einfachen Landesatz mit 48 gegen 15 Stimmen, die Biersteuer nach einfachem Satz mit 40 gegen 23 Stimmen angenommen, um das infolge Rückgangs der Holzpreise und Reichsüberweisungen entstandene Defizit im Gemeindehaushalt in Höhe von 30 000 Reichsmark zu decken. Die Einnahmen aus den beiden Steuern werden auf je 15 000 M. geschätzt. Der Bürgerausschuß hat damit der Gefahr vorgebeugt, daß der Bezirksrat der Gemeinde diese Steuern aufgezogen hätte, da ja die alten Gemeindeumlageätze laut Reichsnotverordnung nicht erhöht werden dürfen.

Aus der Landeshauptstadt

Elly Weinhorn und Mittelholzer kommen nach Karlsruhe. Auf Einladung des Luftfahrtverbandes werden in der nächsten Zeit Elly Weinhorn und der Schweizer Aftisfliegerer Mittelholzer nach Karlsruhe kommen. Im Rahmen der Karlsruher Flugpropagandawoche wird die Aftisfliegerin aller Voraussicht nach am 9. oder 11. Juni einen Vortrag über ihre Erlebnisse im Inneren der Aftis halten. Der Besuch Mittelholzers ist dann für später vorgesehen.

Zum Karlsruher Fliegerflug. Die Akademische Fliegergruppe und der Badisch-Pfälzische Luftfahrverein, die Halter der beiden am 9. Mai 1931 auf dem Karlsruher Flugplatz verunglückten Maschinen teilen mit, daß nach den neuesten Feststellungen der Hergang des Unfalles ein etwas anderes Bild ergibt, als den bisherigen Darstellungen entspricht: Der Doppeldecker „D. 1575“ „Briganti“ war nach einer Platzumrundung von seinem Führer Rißlerer in Bodennähe abgesehen worden, wenn er nicht gelandet war. Die Maschine wurde dann sofort wieder in aufsteigende Bewegung überführt. Inzwischen war der Eindecker „D. 2045“ der Akademischen Fliegergruppe gestartet, offenbar in der Erwartung, daß das andere Flugzeug seinen Flug beenden werde. Der Zusammenstoß erfolgte daher in einem Augenblick, als beide Flugzeuge im Steigen begriffen waren. Es ist zu vermuten, daß sich die Führer der beiden Flugzeuge erst unmittelbar vor dem Zusammenstoß gesehen haben, was sich wohl auch daraus erklärt, daß bei beiden Flugzeugtypen die Sicht nach Voraus, besonders wenn sie im Aufsteigen begriffen sind, nicht frei ist. — Wie wir erfahren, befinden sich die drei Verletzten auf dem Wege der Besserung.

Badisches Landestheater. Die am Dienstag, dem 19. Mai zur Aufführung gelangende Neuinszenierung zu Glucks gesamter Don-Juan-Oper von Anton Rudolph ist bereits von einer anderen großen Bühne erworben worden. Die Hauptrollen des neuen Balletts sind mit Emma Ladner, Harald Josef Fürstenau, Friedrich Ritter, Viktor Hopsach besetzt; es wirkt ferner das gesamte Ballett und ein Bewegungsthor mit. Die Dekorationen sind von Torsten Gest. die kostümliche Ausstattung besorgte Margarete Schellenberg.

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Gestern nachmittag ist von Nordwesten Kaltluft in unser Gebiet eingedrungen und hat Abkühlung und vielorts Regenschauer verursacht. Zu Gewitterbildungen ist es nicht gekommen. Von Westen nähert sich ein neues Tief, dessen Vorderseite uns gegenwärtig Aufheiterung bringt. Bis morgen ist daher wieder mit Erwärmung zu rechnen. Der allgemeine Witterungscharakter wird veränderlich bleiben. Voraussage: Zeitweise heiter, trocken und wärmer bei südlichen Winden.

Kurze Nachrichten aus Baden

300 Sprengtafeln gestohlen

D. Etlingen, 16. Mai. Ein Aufsehen erregender Diebstahl ist gestern in einem hiesigen Steinbruch verübt worden. Nach den bisherigen Feststellungen der Polizei haben mehrere Täter 300 Sprengtafeln entwendet und fortgeschafft. So gleich nach Bekanntwerden der Tat wurde die Gendarmerie verständigt, um die notwendigen Ermittlungen aufzunehmen. Das entwendete Sprengmaterial genügt, um unübersehbares Unheil anzurichten. Der Einbruch ist in einem Verschlag des Steinbruchs der Stadt Etlingen verübt worden, der gegen Einbruch und gegen Diebstahl besonders gesichert war. Die gestohlenen Sprengtafeln waren für Sprengungen in den umliegenden Steinbrüchen bestimmt. Entdeckt wurde der Diebstahl am Freitagmorgen, als die Arbeiter die eisernen Türen und die Behälter aufgedreht vorfanden. Unter Leitung der Staatsanwaltschaft fanden zahlreiche Hausdurchsuchungen bei Verdächtigen in Etlingen mit negativem Erfolg statt.

D. Mannheim, 16. Mai. Die deutsche Kunstfliegerin Edda Roos, Mannheim, die bereits 500 Flüge bruchfrei durchgeführt hat, hat sich heute nach Südamerika eingeschifft. Mitglieber und Freunde des Badisch-Pfälzischen Luftfahrtvereins in Mannheim gaben ihr das Ehrengeleit. Bei der Abfahrt des Zuges umkreiste eine Fliegerstaffel den Mannheimer Bahnhof und begleitete dann den abfahrenden Zug ein Stück auf seinem Wege. Die deutsche Sportfliegerin wird sich etwa 2 Jahre in Südamerika aufhalten, um dort für die Deutsche Luftfahrt zu werben. Ihr Gatte ist Leiter einer südamerikanischen Flugsation.

D. Mannheim, 18. Mai. Die Ausstellung „Hausfrau und Handwerk“ wurde am gestrigen Sonntag von annähernd 60 000 Personen besucht. Die nunmehr geschlossene Veranstaltung bedeutet einen vollen Erfolg und brachte viele Verkaufserlöse. Das für einen Besucher als Geschenk bestimmte Opelauto ist einer Mannheimer Stenotypistin gesunken.

D. Schwetzingen, 16. Juni. Auf dem hiesigen Schargelmarkt ist ein rapider Preisrückgang eingetreten. Es waren circa 60 Zentner angefahren. Das Geschäft setzte zunächst mit 50 Reichspfennig für erste Sorte ein, dann sanken die Preise schnell auf 40, 30 und sogar 25 Pf. Im Durchschnitt wurde 30—35 Pf. für erste Sorte bezahlt. Zweite Sorte notierte mit 20—25, dritte Sorte mit 10 Pf. Der Verkauf nach auswärts läßt sich gut an. Der Geschäftsgang ist befriedigend. Als modernstes Beförderungsmittel dient auch diesmal wieder das Flugzeug.

D. Freiburg i. Br., 16. Mai. Bei der heutigen 8. und letzten Ammatifikation wurden 318 Studierende, darunter 29 Frauen neu aufgenommen. Diese verteilen sich auf die einzelnen Fakultäten wie folgt: theologische 29, rechts- und Staatswissenschaftliche 76, medizinische 114, philosophische 68 und naturwissenschaftlich-mathematische Fakultät 36. Nach der vorläufigen Feststellung beträgt die Gesamtbesetzung für das Sommersemester 1931 4038 Studierende.

D. Freiburg i. Br., 16. Mai. Die Arbeiten an der Döllentalsbahnverlegung haben eine neue Etappe erreicht. Die Durchquerung des Günterstales ist fertiggestellt. Die Straßen nach dem Borort Günterstal sind erteilt und müssen nunmehr untertunnelt werden. Die Arbeiten dazu sind bereits in Angriff genommen und es ist damit zu rechnen, daß sie in einigen Wochen soweit fortgeschritten sind, daß der zweite Bergdurchbruch, die Durchtunnelung des Sternwalbes begonnen werden kann.

D. Bonndorf, 17. Mai. Wie die Ortsgruppe Bonndorf des Schwarzwaldbereins mitteilt, ist die Butachschlucht, die unter den starken Schneefällen des vergangenen Winters gelitten hatte, wieder begehbar.

Handel und Wirtschaft

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 15. Mai 1931 hat sich in der zweiten Maiwoche der Umlauf an Reichsbanknoten um 166,8 Mill. auf 3909,9 Mill. Reichsmark verringert. Die Bestände an Gold und deckungsfähigen Devisen haben sich um 1,9 Millionen auf 2541,1 Mill. Reichsmark erhöht. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 58,1 Proz. in der Vorwoche auf 60,6, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 62,3 Proz. auf 65 Proz.

Die Indeziffer der Großhandelspreise ist gegenüber der Vorwoche mit 113,5 unverändert geblieben.

Die elsfässischen Kaligruben. Der Landwirtschaftskommission des französischen Senats ist ein Gesekentwurf vorgelegt worden, der das Besitzverhältnis der Kaligruben im Elsfäß endgültig regeln soll. Der Entwurf kommt zu folgenden Forderungen: 1. Die Domänialkaligruben des Elsfäß unter das Regime der Aktiengesellschaften zu stellen. 2. Das Kapital der Gesellschaft in Höhe von 208 Millionen Franken zu 61 Proz. an den Staat, 12 Proz. an die drei Departements Oberelsäß, Unterelsäß und Lothringen, 7 Proz. den Privatgrubenbesitzern und 20 Proz. an die Landwirtschaftskammern und Departements, welche den Wunsch äußern, zu verteilen, in dem Verhältnis von zwei Drittel für die Landwirtschaftskammern und ein Drittel für die Departements.

Staatsanzeiger Personeller Teil

Ernennungen, Veretzungen, Zuruücksetzungen usm. der planmäßigen Beamten — Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt: Hauptlehrer Hermann Büsch an der Mädchenrealschule in Lörrach zum Direktor an der Volksschule in Lörrach. Veretzt: Musiklehrer Bruno Rummel von der Lehrerbildungsanstalt in Freiburg an das Realgymnasium daselbst. Gestorben: Sandarbeitslehrerin Ottilie Fröge an der Volksschule in Mannheim am 9. Mai 1931.



# Pfingstverkauf!

# 10% Rabatt

**DAMENMODEN**  
Kaiserstraße 50a, Ecke Adlerstr.

auf meine **billige Preise**  
Ratenkaufabkommen der Beamten-Bank

## Zentralhandelsregister für Baden

**Achern.** A.676  
Zum Handelsregister bei Firma „D. Buhl in Rendschen“ wurde eingetragen: Das Geschäft ist durch Vertrag mit Aktien und Passiven auf Kaufmann Alois Meher in Rendschen übergegangen, welcher dasselbe unter unbenannter Firma weiterführt. Der Ehefrau des Firmeninhabers, Olga geb. Weichroth in Rendschen, ist Prokura erteilt.  
Achern, 22. April 1931.  
Bad. Amtsgericht.

**Baden-Baden.** A.677  
Handelsregistereintrag Abt. B Bd. II O.-S. 99 — Firma Inhalations-Therapie Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Baden-Baden — Der Geschäftsführer Charles Witz in Baden-Baden ist abberufen; Diplomingenieur Dr. Rudolf Kienau in Karlsruhe ist zum Geschäftsführer bestellt.  
Baden, 21. April 1931.  
Geschäftsstelle des Bad. Amtsgerichts I.

**Breisach.** A.678  
In unser Handelsregister Abteilung B ist heute unter O.-S. 23 die Aktiengesellschaft in Firma „Schaumweintellereien Breisach, Aktiengesellschaft“ mit dem Sitz in Breisach, eingetragen worden. Der Gesellschaftsvertrag wurde am 26. Februar 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Schaumweinen. Das Grundkapital beträgt 120 000 M und ist in 1200 Aktien zu je 100 M geteilt, die zum Nennwert ausgegeben werden. Guy Génau de Sainte Gertrude in Paris, Robert Diebolt in Oberhausbergen, Karl Honfell in Breisach, Oswald Schilling in Breisach und Jakob Schilling in Breisach bringen als Einlagen auf das Grundkapital ihre Kapitalkonten der Firma „Schilling & Co.“, offene Handelsgesellschaft in Breisach, ein nach dem Stand der Bilanz vom 31. 12. 1930 im Gesamtbetrag von 120 000 M, so daß die ganze Firma Schilling & Co. auf die Aktiengesellschaft übergeht. Der Vorstand der Gesellschaft besteht aus einem, höchstens drei Direktoren. Der Vorstand kann einen beliebigen Teil seiner Befugnisse an einzelne Mitglieder und an einzelne oder mehrere Dritte übertragen. Jedes Mitglied des Vorstands ist zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger. Die Verufung der Aktionäre erfolgt durch Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger der Bekanntmachung und dem Tage der Generalversammlung eine Frist von mindestens 20 Tagen liegen muß. Bekannte Aktionäre werden durch eingeschriebenen Brief eingeladen. Die Gründer der Gesellschaft sind:  
1. Guy Génau de Sainte Gertrude, Publizist in Paris.  
2. Robert Diebolt, Gutbesitzer in Oberhausbergen,

3. Karl Honfell, Verwalter a. D. in Breisach,  
4. Oswald Schilling, Direktor in Breisach,  
5. Jakob Schilling, Direktor in Breisach.  
Die fünf Gründer haben sämtliche Aktien übernommen. Zum Vorstand ist bestellt: 1. Direktor Oswald Schilling, 2. Direktor Jakob Schilling, beide in Breisach. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind: 1. Karl Honfell in Breisach, 2. Paul Obrecht in Breisach, 3. Dr. Bruno Dammann in Freiburg i. Br. Von den bei der Anmeldung eingereichten Schriftstücken, insbesondere vom Prüfungsbericht des Vorstands und Aufsichtsrats sowie dem Prüfungsbericht der Revisoren, kann bei dem Registergericht Einsicht genommen werden. Der Prüfungsbericht der Revisoren kann auch bei der Handelskammer Freiburg eingesehen werden.  
Breisach, 22. April 1931.  
Amtsgericht.

**Donauwörth.** A.674  
Handelsregistereintrag B Bd. I O.-S. 31, zur Firma Ketterer & Hummel, G. m. b. H. in Furtwangen; Emil Brugger ist als Geschäftsführer ausgeschieden.  
Donauwörth, 13. 4. 31.  
Amtsgericht.

**Heidelberg.** A.685  
Handelsregister Abt. A Bd. IV O.-S. 204: Die Firma Köster, Marg & Cie. in Heidelberg ist erloschen.  
Vand V O.-S. 55 zur Firma Karl Heidenreich in Heidelberg; Inhaber ist jetzt Karl Heidenreich Witwe Utra geb. Wal in Heidelberg.  
Vand VI O.-S. 52: Die Firma Klara Schattner in Heidelberg ist von Amts wegen gelöscht. 22. April 1931.  
O.-S. 270. Firma Heinrich Knapp in Heidelberg; Inhaber Eisfabrikant Heinrich Knapp, ebenda.  
Heidelberg, 23. April 1931.  
Amtsgericht.

**Karlsruhe.** A.736  
Handelsregistereinträge.  
1. Zentral-Rundfunk-Vermittlung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe (Friedrichsplatz 7). Gegenstand des Unternehmens: Errichtung und Betrieb von Zentral-Rundfunk-Anlagen sowie der Groß- und Kleinhandel mit Radiogeräten und Zubehör. Stammkapital: 20 000 M. Geschäftsführer: Kurt Stolaube, Kaufmann, Karlsruhe. Der Gesellschaftsvertrag ist am 14. Februar 1931 festgestellt. Mehrere Geschäftsführer vertreten die Gesellschaft einzeln. Der Geschäftsführer Kurt Stolaube bringt in teilweiser Anrechnung auf seine Stammeinlage von 16 000 Reichsmark Funkgeräte, Werkzeuge und Materialien im Werte von 11 500 Reichsmark ein. Öffentliche Bekanntmachungen erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger. 5. 5. 1931.  
2. „Faz“ Industrie und Handels-Aktiengesellschaft, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 4. 5. 1931.  
3. Hans Sönnichsen, Gesellschaft mit beschränkter

Haftung, Karlsruhe. Hans Friedrich Sönnichsen und Friedrich Herzog sind nicht mehr Geschäftsführer. Die Prokura des Heinrich Eugen Baum ist erloschen. Durch Gesellschaftsbeschluss vom 8./9. März 1931 wurde die Gesellschaft aufgelöst. Liquidatoren: Heinrich Eugen Baum, Kaufmann, Oswald Drobnit, Lagerverwalter, beide Karlsruhe.  
4. Zigarettenfabrik „Dietz“, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Die Firma ist erloschen. 5. 5. 31.  
5. Karlsruher Lebensversicherungsbank Aktiengesellschaft, Karlsruhe. Rudolf Kimmig ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Adolf Samwer, Generaldirektor, Karlsruhe, wurde als weiteres Vorstandsmitglied bestellt. 8. 5. 31.  
6. Schaffer-Bank, Gemeinnützige Aktiengesellschaft, Karlsruhe (Kammstraße 11). Gegenstand des Unternehmens: Betrieb eines Bankgeschäfts, insbesondere die Verwaltung von Spargeldern auf werbeständiger Grundlage. Die Gewährung billiger Darlehen für Siedlungs-, Wohn- und Wirtschaftszwecke zur Entschuldung von Grundbesitz und zur Beschaffung und Sicherung von Arbeit, sowie die Vornahme sämtlicher Kapitalgeschäfte, die wesentlich der Förderung minderbemittelter Volksteile dienen. Das Unternehmen ist ausschließlich gemeinnützig. Grundkapital: 50 000 M eingeteilt in 20 Namens-Vorzugsaktien mit 2000 M Stammrecht und Anspruch auf 5 Proz. Vorzugsdividende sowie 480 Inhaber-Stammaktien jeweils über 100 M, welche zum Nennwert ausgegeben werden. Vorstand: Theodor Sattler, Dipl.-Volkswirt und Kaufmann, Karlsruhe. Geschäftsführer: Dr. Josef Bürke, Rechtsanwalt, Karlsruhe, Alfons Benz, Kaufmann, Forstheim. Öffentliche Bekanntmachungen, insbesondere auch die Verufung der Aktionäre, erfolgen im Reichsanzeiger. Einsicht von den bei Anmeldung eingereichten Schriftstücken (Prüfungsbericht des Vorstands und Aufsichtsrats usw.) beim Registergericht Karlsruhe. 7. 5. 31.  
Amtsgericht Karlsruhe.

**Karlsruhe.** A.738  
Handelsregistereinträge.  
1. Konfektionshaus Simon Michel-Wöfen, Karlsruhe. Die Firma ist geändert in: Modehaus Si-

mon Michel-Wöfen. 6. 5. 1931.  
2. Christian Stöhr, Karlsruhe. Einzelkaufmann: Stefanie Stöhr, Karlsruhe. Der Übergang der im Betriebe des Geschäfts bisher begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei der Übernahme des Geschäfts durch Stefanie Stöhr abgeschlossen.  
3. Karl Wirth, Karlsruhe. Der bisherige Inhaber Karl Wirth ist aus dem Geschäft ausgeschieden. Offene Handelsgesellschaft mit Beginn am 1. Mai 1925. Persönlich haftende Gesellschafter: Reinhold Wirt, Kohlenhändler, Karlsruhe, Rosa Wirth, ebenda. 8. 5. 31.  
4. Es wurde das Erlöschen der nachgenannten Firmen von Amts wegen in das Handelsregister eingetragen: 1. Eugen G. Maier, 2. Max Jenewein & Sohn, 3. Ludwig Schiffmacher, 4. Jakob Chimowitz, 5. Valentin Damian, chem.-techn. Produkte, 6. Carl F. Ditt, 7. Oscar Kramer & Co., 8. Zum Tiergarten Josef Krüth, 9. Albert Lehmann, 10. Johann Mammel, 11. Walter Schmidt, 12. Walter Sved, 13. Schmitt & Weislog, 14. Karl Friedrich Albrecht, 15. Karl Feig, 16. Ernst Junge, 17. Perez & Brauner, 18. Fuchs & Co., 19. Karl Gaeger Nachf., 20. Julius Friedert, alle in Karlsruhe. 7. 5. 31.  
Amtsgericht Karlsruhe.

**Mannheim.** A.673  
Handelsregistereinträge vom 18. April 1931.  
„Automaten“ Restaurant, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim; Hans Nisder ist nicht mehr Geschäftsführer.  
Wah und Freitag Aktiengesellschaft Zweigniederlassung Mannheim in Mannheim als Zweigniederlassung der Firma Wah und Freitag Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M.: Die Prokura des Eric Lupescu ist erloschen.  
Industrielle Schornstein- und Feuerungsbaugesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation, Mannheim; Die Firma ist erloschen.  
G. Verberich & Söhne, Mannheim, Zweigniederlassung, Hauptort: Freiburg i. B.: Die Niederlassung Mannheim ist zur selbstständigen Niederlassung erhoben. Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft in Mannheim ist mit der Firma auf Kaufmann Hermann Verberich in Mannheim übergegangen, welcher es unter der bisherigen Firma als Einzelkaufmann weiterführt.  
Groß, Ling & Co., Mannheim: Die Prokura des Johann Baptist Denenda ist erloschen.  
G. Milchard, Zweigniederlassung Mannheim in Mannheim als Zweigniederlassung der Firma G. Milchard in Duisburg-Ruhrort: Die Prokura des Franz Baumann ist erloschen.  
Johann J. Kuh, Mannheim-Sandhofen: Die Firma ist erloschen.

**Mannheim.** A.675  
Handelsregistereinträge vom 22. April 1931.  
Rheinische Baby- und Kinderfabrikation Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim. Der Gesellschaftsvertrag ist am 13. und 20. April 1931 festgestellt. Gegenstand des Unternehmens ist: Die Fabrikation von Baby- und Kinderschuh sowie Vertretungen und Handel mit Artikeln der Schuh- und Lederbranche. Das Stammkapital beträgt 20 000 M. Sigmund Löh, Alfred Löh, Kaufleute in Mannheim, sind Geschäftsführer; von diesen ist jeder allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. Geschäftslokal: Kirchenstraße 4.  
Kohlenhandels-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim; Max Kunkler ist nicht mehr Geschäftsführer. Die Gesellschaft ist durch Gesellschaftsbeschluss vom 31. März 1931 aufgelöst. Käte Kunkler in Mannheim ist zum Liquidator bestellt.  
Lehau-Bau Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim; Gemäß dem Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 ist das Stammkapital um 80 000 M auf 50 000 M erhöht worden. Der Gesellschaftsvertrag erhielt durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 13. April 1931 in § 3 (Stammkapital) einen Zusatz.  
Ludwig Kisinger, Mannheim: Die Prokura des Gustav Braun ist erloschen.  
Mannheimer Maschinenfabrik Mohr & Federhaff, Mannheim: Die Prokura des Otto Schulte ist erloschen.  
Emil Maier & Söhne, Mannheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft samt Firma ging auf den bisherigen Geschäftsführer Kaufmann Philipp Ludwig Maximilian Maier in Mannheim über, der es als Einzelkaufmann unter der bisherigen Firma weiterführt.  
Kunz & Scholl, Mannheim: Die Prokura der Auguste Kunz geborene Härtling ist erloschen. Die Gesellschafter sind fortan nur noch gemeinsam zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Die bisherige Einzelprokuristin Auguste Kunz geborene Härtling und der Wilhelm Scholl, beide in Mannheim, sind zu Gesamtprokuristen bestellt.  
Wilhelm Scholl, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Wilhelm Scholl in

Mannheim. Geschäfts-zweig: Handel mit Möbren, Armaturen, sanitären Apparaten, Installationsmaterial, Herde und Ofen. Max Kunkler, Mannheim. Inhaber ist Kaufmann Max Kunkler in Mannheim.  
Luzenberg-Apothete Hermann Diehl, Mannheim. Inhaber ist Hermann Diehl, Apotheker in Mannheim.  
Bad. Amtsgericht, S.-O. 4, Mannheim.

**Mannheim.** A.684  
Handelsregistereinträge vom 15. 4. 1931.  
Firma Donatus Weber, Forstheim: Die offene Handelsgesellschaft ist in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt. Der persönlich haftende Gesellschafter Donatus Weber sen. in Forstheim ist ausgeschieden. Es sind zwei Kommanditisten beteiligt. Firma Hausmann & Cie., Forstheim. Offene Handelsgesellschaft seit 14. April 1931. Persönlich haftende Gesellschafter sind die Kaufleute Richard Hausmann und Berthold Moth, beide in Forstheim. Die Gesellschafter sind nur gemeinsam vertretungsberechtigt. Firma Robert Scholl, Forstheim: Die Prokura des Adolf Mühl und des Adolf Wiffinger sind erloschen. Fräulein Frieda Scholl ist jetzt Einzelprokuristin.  
Som 16. 4. 1931.  
Die Firma Mathias van den Valentyn, Forstheim, ist erloschen. Firma Ringfabrik Willadt, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Forstheim: Mit Beschluß der Gesellschafter vom 24.

März 1931 ist die Gesellschaft aufgelöst. Die Vertretungsbefugnis des bisherigen Geschäftsführers Arthur Carl Willadt ist beendet. Waldemar Münzger, Bankdirektor a. D. in Forstheim, ist zum Liquidator bestellt.  
Firma Paul Stierle, Forstheim. Die Prokura des Jakob Philipp ist erloschen.  
Som 20. 4. 1931.  
Firma Dentaurum, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Forstheim: Die Vertretungsbefugnis des bisherigen Geschäftsführers Dr. Fritz Winkler ist beendet. Frau Christine Winkler-Witwe geb. Treib in Karlsruhe ist als Geschäftsführerin bestellt. Firma Josef Krapp, Baugesellschaft mit beschränkter Haftung in Karlsruhe mit Zweigniederlassung in Forstheim: Otto Kadenberger ist nicht mehr Geschäftsführer. Firma Gebr. Brenning, Forstheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die bisherige Geschäftsführer Paul Arnold Brenning ist alleiniger Inhaber der Firma. Die Prokura der Frau Eva Brenning geb. Büchmann bleibt bestehen. Amtsgericht Forstheim.

**Tauberbischofsheim.** A.682  
Handelsregistereintrag Abt. A Band I zu O.-S. 118 — Firma Warenhaus Jakob Sauer in Tauberbischofsheim — Der bisherige Gesellschafter Max Sauer ist alleiniger Inhaber der Firma. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Tauberbischofsheim, den 17. April 1931.  
Amtsgericht.

**Badische alt-katholische Landesynode.**  
Die Vorlagen für die auf den 3. Juni nach Rastatt zu berufende  
**Tagung der Kirchensteuervertretung**  
(Voranschlag 1931 und 1932) liegen vom 19. Mai bis 3. Juni, mittags 12 Uhr, gemäß Artikel 15 des Landeskirchensteuergesetzes in der Kanzlei des Landesynodalarates, Freiburg im Breisgau, Sternwaldstr. 33, und in der Kirchengemeindekasse der alt-katholischen Gemeinde in Rastatt, Zapfstr. 22, zur Einsicht aller Beteiligten öffentlich auf.  
Freiburg i. B., den 16. Mai 1931. A.189  
Der Landesynodalarat:  
Kreuzer. Michalis.

Zur Aufstellung von **Gemeindeveranschlagungen** und Stellung von **Gemeinderrechnungen** empfiehlt sich bei mäßiger Berechnung ehemaliger Revisionsbeamter. Anfragen unter Nr. 8. 198 an die Exped. der Karlsruh. Zeitung.  
Mittwirkende:  
Fürstenauf, Gosbach, Kuhlmann, Radner, Prüter. Das ganze Ballett, Fachschule, Kinderballettschule, Theaterakademie  
Anfang 20 Ende 22.30  
Preis B (0,80—6 M)

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter

**Badische alt-katholische Landesynode.**  
Die Vorlagen für die auf den 3. Juni nach Rastatt zu berufende  
**Tagung der Kirchensteuervertretung**  
(Voranschlag 1931 und 1932) liegen vom 19. Mai bis 3. Juni, mittags 12 Uhr, gemäß Artikel 15 des Landeskirchensteuergesetzes in der Kanzlei des Landesynodalarates, Freiburg im Breisgau, Sternwaldstr. 33, und in der Kirchengemeindekasse der alt-katholischen Gemeinde in Rastatt, Zapfstr. 22, zur Einsicht aller Beteiligten öffentlich auf.  
Freiburg i. B., den 16. Mai 1931. A.189  
Der Landesynodalarat:  
Kreuzer. Michalis.

Zur Aufstellung von **Gemeindeveranschlagungen** und Stellung von **Gemeinderrechnungen** empfiehlt sich bei mäßiger Berechnung ehemaliger Revisionsbeamter. Anfragen unter Nr. 8. 198 an die Exped. der Karlsruh. Zeitung.  
Mittwirkende:  
Fürstenauf, Gosbach, Kuhlmann, Radner, Prüter. Das ganze Ballett, Fachschule, Kinderballettschule, Theaterakademie  
Anfang 20 Ende 22.30  
Preis B (0,80—6 M)

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter

**Badisches Landestheater**  
Dienstag, den 19. Mai 1931  
\* E 24 Th.-Gem. 201—300  
Uraufführung  
**Don Juan**  
Pantomimisches Ballett von Guld  
Dirigent: Strips  
Regie: Fürstenauf  
Mittwirkende:  
Radner, Fürstenauf, Gosbach, Michutta, Prüter